

Michael Ruck (Hrsg.), *Gegner – Instrument – Partner. Gewerkschaftliche Staatsverständnisse vom Industrialismus bis zum Informationszeitalter (Staatsverständnisse, Bd. 106)*, Nomos Verlag, Baden-Baden 2017, 270 S., brosch., 39,00 €.

Dass gewerkschaftliche Staatsverständnisse zum Thema eines Sammelbands in der von Rüdiger Voigt betreuten Reihe »Staatsverständnisse« genommen wurden, ist zu begrüßen, signalisiert diese Wahl doch eine perspektivische Auffaltung der Reihenkonzeption – über den vielfach personalistischen Zugriff (etwa die Frage nach »dem« Staatsverständnis von Thomas von Aquin, Thomas Hobbes, Martin Luther oder Karl Marx) hinaus zu einer Öffnung für die Analyse des Verhältnisses gesellschaftlicher Großorganisationen zum Staat.

Nachdem Michael Ruck einleitend die »großen Linien« der Geschichte der deutschen Gewerkschaften nachgezeichnet hat, wird – aufgliedert in drei Teile – zunächst die Entwicklung des Staatsverständnisses der deutschen Gewerkschaften beleuchtet. Da geht es im ersten Teil um die »Ursprünge gewerkschaftlichen Staatsverständnisses in Deutschland von der 1848er-Revolution bis zum Ersten Weltkrieg«: Klaus Schönhoven schöpft mit seiner Darstellung des Verhältnisses der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften zum Staat, in der er die unterschiedlichen, zum Teil widersprüchlichen Erwartungen an den wilhelminischen Obrigkeitsstaat beschreibt, präzise den mit dem Titel dieses Teils vorgegebenen Rahmen aus. Bernhard Forster greift bei seinem Überblick über das Staatsverständnis der christlich-nationalen Gewerkschaften zeitlich weit über das Kaiserreich hinaus, indem er nicht nur das Bekenntnis dieser Richtungsgewerkschaften zum monarchischen Staat, sondern auch das ambivalente Verhältnis zur Weimarer Republik schildert. Im zweiten Teil, in dem der »Gewerkschaftliche Etatismus vom ›Burgfrieden‹ über die ›Nationale Einheitsfront‹ bis zur ›Nationalen Revolution‹« ausgelotet wird, wird die gewerkschaftliche Politik schon im Titel auf ihre »nationale« Dimension konzentriert. So schaut Michael Ruck auf die Gewerkschaften in den Jahren 1914 bis 1923, die er vorwiegend als »Protagonisten nationaler Belange« apostrophiert, womit freilich das gewerkschaftliche Pochen auf soziale und auch demokratische Reformen zurückgestuft wird. Dass Detlev Brunner sodann das gewerkschaftliche Staatsverständnis von 1914 bis 1933 untersucht, führt nicht nur zu Überschneidungen mit dem Beitrag von Ruck, sondern überspielt zudem erneut die von Revolution und Republikgründung markierte Epochengrenze. Letztere war aber von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Staatsverständnisses der freien Gewerkschaften in den 1920er-Jahren. Sie trugen dem Systemwechsel zum einen mit eigenen Verfassungsplänen und zum anderen mit einer Konzeption der Wirtschaftsdemokratie Rechnung, in der sie dem 1919 geschaffenen demokratischen Staat zentrale Bedeutung für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen beimaßen. Klar herausgearbeitet werden schließlich die Grenzen des gewerkschaftlichen Einstehens für den demokratischen Sozialstaat Weimarer Prägung in den Monaten nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten, in denen die gewerkschaftliche Politik von einem Kurs zwischen dem Versuch einer behutsamen Selbstbehauptung und Anpassung, ja Anbiederung an den »Neuen Staat« gekennzeichnet war. Irritierend mag wirken, dass der dritte Teil des Sammelbands den Titel »Gewerkschaften im demokratischen und sozialen Rechtsstaat supranationaler Einbettung« trägt. Denn dieser Teil beginnt mit einem Beitrag von Peter Rütters zu den »Gewerkschaftlichen Staatsvorstellungen im Widerstand gegen das NS-Regime, in der Emigration und in den ersten Nachkriegsjahren 1933 bis 1948. Mag man in den vor allem im Exil entwickelten Programmvorstellungen der Gewerkschaften auch Vorgriffe auf den zu schaffenden »demokratischen und sozialen Rechtsstaat« erkennen, so waren die Bedingungen, unter denen die Ideen für eine »neue deutsche Gewerkschaftsbewegung« diskutiert wurden, doch von den Epochenerfahrungen der NS-Diktatur geprägt. Dass dann direkt im Anschluss an Rütters' Schilderung der Neuformierungsphase bis 1948 Hans-Otto Hemmer die Rolle der »Gewerkschaften im ›Modell Deutschland‹ 1976 bis 1998« betrachtet und danach Wolfgang Schroeder die – aktuelle – »Staatsbedürftigkeit der deutschen

Gewerkschaften in unsicheren Zeiten« diagnostiziert, lässt bedauern, dass die für die programmatische Selbstfindung bzw. -verortung der Einheitsgewerkschaften des DGB zentralen Jahrzehnte, eben die 1950er- und 1960er-Jahre, ausgespart werden. In dieser Zeit erfolgte jedoch mit dem Düsseldorfer Grundsatzprogramm von 1963 – sozusagen in Nachvollzug des Godesberger Prozesses der SPD – die Klärung des Verhältnisses zum demokratischen Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland unter Anerkennung der Sozialen Marktwirtschaft.

Der vierte Teil über »Gewerkschaftliche Staatskonzepte im internationalen Vergleich« setzt mit dem Blick auf die Situation in drei anderen Industrienationen schließlich wichtige Akzente zur Erläuterung der Vielfalt gewerkschaftlicher Staatsverständnisse, wobei die Unterschiede – zumal in Abhebung vom Bild der deutschen Gewerkschaften – überaus deutlich werden: Wolfgang Uellenberg-van Dawen bietet einen umfassenden Überblick über die »Konfliktvolle Distanz zu Staat und Parteien« der (anarcho-syndikalistisch beeinflussten) französischen Gewerkschaftsbewegung bis in die Gegenwart; auch Julia Angster betrachtet mit ihrer Analyse der Gewerkschaften in den USA, deren Politik sie »zwischen voluntaristischer Staatsferne und sozialliberalem Lobbyismus« ansiedelt, den Zeitraum vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des 20. Jahrhunderts; André Keil konzentriert sich in seinem Beitrag »Zwischen Klassenkampf und Systemimmanenz. Die britische Gewerkschaftsbewegung und der Staat« demgegenüber auf die Zeit bis 1979, womit der Niedergang der (zuvor streikfreudigen) britischen Gewerkschaften seit der »Ära Thatcher« ausgespart bleibt.

Auch wenn die Systematik des Sammelbands, der mit seinem chronologischen Aufbau der ersten drei Teile doch letztlich wie eine Gesamtdarstellung angelegt ist, präziser hätte durchkonstruiert werden können, entsteht insgesamt ein umfassendes und vielfältiges Bild des widersprüchlichen Verhältnisses von Gewerkschaften und Staat. Immer wieder geht es, wie insbesondere für die Entwicklung in Deutschland entfaltet wird, um das ambivalente Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat, von dem nicht nur die Übernahme von sozialer Verantwortung und damit eine arbeit(nehm)erfreundliche Gestaltung insbesondere von Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht und Sozialversicherung, sondern zudem die uneingeschränkte Anerkennung der Autonomie der gewerkschaftlichen Interessenvertretung erwartet wurde und wird; dabei zeigten sich die deutschen Gewerkschaften, die sozialdemokratisch orientierten ebenso wie die christlich-nationalen, immer wieder bereit, sich in vorgefundene Staatsformationen und damit Machtverhältnisse einzuordnen – und zwar, wie im Ersten Weltkrieg und im Frühjahr 1933, bis an den Rand der Preisgabe ihrer politischen Identität. Herausgearbeitet wird zudem, dass sich die Gewerkschaften, so bei der Gründung der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland, jeweils aktiv in die Verfassungsberatungen eingeschaltet haben, um ihrem Ziel des demokratischen und sozialen Rechtsstaats näher zu kommen. Deutlich wird schließlich, wie sehr die gewerkschaftliche Erfolgsmöglichkeit auf ihren zentralen Politikfeldern von der jeweiligen Verfasstheit des politischen Systems, auch der politischen Orientierung der jeweils Regierenden und vor allem aber – wie sich einmal mehr in den letzten Jahrzehnten zeigt – von den jeweiligen sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängt. Gerade die Bedeutung dieses Bedingungsgeflechts wird durch die epochenübergreifende Analyse der Entwicklung in Deutschland und zudem durch den Vergleich mit ausgewählten nicht-deutschen Beispielen durchgängig unterstrichen.

Michael Schneider, Kalenborn

Zitierempfehlung:

Michael Schneider: Rezension von: Michael Ruck (Hrsg.), Gegner – Instrument – Partner. Gewerkschaftliche Staatsverständnisse vom Industrialismus bis zum Informationszeitalter (Staatsverständnisse, Bd. 106), Nomos Verlag, Baden-Baden 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81853>> [23.4.2018].

Amos Morris-Reich, *Race and Photography. Racial Photography as Scientific Evidence, 1876–1980*, University of Chicago Press, Chicago 2016, xiv + 280 pp., paperback, 32,50 \$, also available as an e-book.

How to depict ›race‹, how to see ›race‹? Generating an image of the ›Other‹ is at the heart of demarcational processes and crucial to the creation of identity during the 18th and 19th century. Initially, these images had to rely on combinations of drawings and textual descriptions; with the expansion of the racial sciences in the latter half of the nineteenth century, however, the scientists increasingly drew on photographic representations of their subjects of investigation (p. 6).

The volume at hand, ›Race and Photography. Racial Photography as Scientific Evidence, 1876–1980‹ by Amos Morris-Reich, unearths the roots of photography as an important medium used in the study of ›race‹ in Weimar and Nazi Germany.¹ Understanding ›race‹ as the ›most important category of reactionary response to modernity‹ (p. 7), this volume is ›intended as a provocation in the face of a history that has become culturally and politically fixed‹ – it sheds light on the ›most prominent features and main purposes of scientific racial photography‹ (p. 1) and ›read[s] the corpus of racist material from ›within‹‹ (p. 28).

By way of introduction, Morris-Reich provides a theoretical outline of the development of racial photography and its epistemological history. At the heart of the utilization of photography for racial measurement and the depiction of ›race‹ lies the assumption of ›photography as a realist medium‹, ›as a reproduction of reality‹ (p. 4). Instead of the common ›traditional criticism‹ which, according to Morris-Reich, ›constitutes a superficial, weak, and inadequate stance‹, he takes the today ›dubious and racist pseudoscientists‹ at face-value and seeks to analytically disassemble them ›from within their respective discourses, assumptions, beliefs, use of scientific evidence, and argumentation‹ (p. vii).

Of the five main chapters, two examine in processual historical perspective the evidential characteristics of racial photography from 1876 to 1918 and the development from photography as a means of measurement to one of representation from 1880 to 1937, two discuss the methodical approaches and practical implementations of racial photography by the examples of two race scholars (Hans F. K. Günther and Ludwig Ferdinand Clauß), and the last chapter relates the techniques and methods developed in Germany to racial photography in Palestine.

Morris-Reich convincingly demonstrates how the alleged ›authenticity‹ was shaped by ideology and ›creat[ed]‹ by the media of the time. Moreover, his well-informed findings make obvious how the initial search for authenticity coincided with attempts in the identification of characteristic ›special types‹ (p. 5), which, as an aside, were accessible for the public as living exhibits in human zoos, at world fairs and colonial exhibitions, or in ›exotic‹ travel films.

Nevertheless, seeing ›race‹ and ›racial difference‹ was not an innate ability. In the notion of the racial scientists, it was a learned skill: familiarity with the ›type‹ improved its recognition (p. 53). To view the unviewable, seeing became ›a constitutive activity‹ (p. 153) and was especially essential in the case of Jews whose ›failure to manifest a basic part of the type ... is in fact essential to the type‹ (p. 160). This breakdown in perceptibility, the alleged Jewish ›failure to meet [their] own racial gestalt‹ (p. 161) and the presence of ›invisible, hidden difference‹ (p. 163), was ontologically resolved by the visual decoding of the ›Jewish gaze‹. ›[T]o see is to establish or set meaning‹ (p. 165), as such, this study not only underlines the constitutive process that is part of racism – learning to see differences in ›reality‹ which were described in theory – but it also minutely examines the lines of argumentation which

¹ Nota bene, the title's timeframe is deceptively generous. While Morris-Reich does indeed locate the continuation of a ›physical-anthropological and photographic tradition‹ in a 1980 textbook (p. 50), this is, however, a statistical outlier. The volume's analytical mainstay are the decades up to the 1940s.

claimed that the Jews were as such unidentifiable or used a means of camouflage to blend in with the mainstream ›Germanic‹ population. Beside the olfactory characteristic, famously described by Hans F.K. Günther, racial writers of the Weimar Republic and Nazi Germany considered ›Jewish eyes‹ one of the most reliable indicators of racial particularity and thus circumstantially assigned markers of difference which, in turn, were ›evidenced‹ in the visual depiction of Jewish persons.

While Morris-Reich's breakdown of the methods and objectives of racial photography highlights that the concepts of ›race‹ and ›racial differences‹ were far less deterministic than the theoretical deliberations of the time made them seem and that phenotypical features the racial scientist identified were oftentimes substituted with metaphysical or transcendental characteristics, another underlying strand of discourse is the role aesthetics played in the discursive shaping of the ›racial Other‹ (p. 65). As a background noise present in the conceptualization of ›race‹ since its earliest stages, (racist) body aesthetics affected not only the perception of racialized women but also alleged to have found the culmination of beauty and intellect in the corporeality of Greek statues (p. 185).

Racism involves the drawing of boundaries; this book is a fine example of how this was accomplished by the use of photography – initially as a medium of measurement and later as an educational device for broader parts of the mainstream society. Morris-Reich's findings provide more evidence on the fact that scientific racism involved attempts to illustrate scientifically deliberations which had been theoretically reasoned beforehand: as a progress from suspicions of cultural inferiority that were allegedly lo-catable as physical differences and bodily characteristics.

The absence of a bibliography is to be regretted. Also very lamentable is the lack of a conclusion in which the observations presented during this very erudite and meticulous study are brought together. This could have allowed for a conclusive subsumption of the aggregated material, in particular regarding one of the main issues raised, that ›race‹ – allegedly already at the »verge of collapse« at the time it was »›discovered‹« – could become »form and content« of the racial writers' »response« to the »disintegration of traditional forms of social, community, family, and natural life« (p. 8).

Altogether, however, Morris-Reich's investigation of the interconnections between ›race‹, photography, and visual perception is a highly inspiring read that painstakingly educes the manifold ways in which visual media and ideology informed and affected each other.

Stefanie Affeldt, Heidelberg

Zitierempfehlung:

Stefanie Affeldt: Review of: Amos Morris-Reich, Race and Photography. Racial Photography as Scientific Evidence, 1876–1980, University of Chicago Press, Chicago 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81854>> [23.4.2018].

Heide Fehrenbach/Daive Rodogno (eds.), *Humanitarian Photography. A History*, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2015, xx + 345 pp., paperback, 22.99 £, also available as an e-book.

Today, visual products of humanitarianism are omnipresent – victims of war, natural calamities, famine, poverty and other atrocities are featured in, among other things, newspapers, books, leaflets, and billboards. Nonetheless, Heide Fehrenbach and Davide Rodogno's anthology »Humanitarian Photography« is the »first to investigate how humanitarian photography emerged and how it operated in diverse political, institutional, and social contexts«, examining »the historical genealogies, evolution, and epistemologies of what today we call ›humanitarian photography« (p. 1).

While the term »humanitarian photography« has only been in use since the 1990s – that is about a century after the earliest confirmed yet incidental photographic documentation of a person by Louis Daguerre – pictorial depiction of human suffering and adversity dates back much further. The intentional, artistic representation of unrighteousness against human beings had already been fully developed during the abolitionism of the 18th century, i.a., in the works of James Gillray and Josiah Wedgwood. This tradition was continued and updated in similar contexts, not least in the documentation of the mistreatment of African-American slaves during the Civil American War.

In its early years, an aura of immediateness, truthfulness and credibility accompanied photographic depictions. Its informative potential was used by early ›muckraker‹ excursions of photographers, like Jacob Riis and Lewis Hine, who shed light on stories of human suffering within the boundaries of their own society. Subsequently, »social documentary photography« found an institutionalized peak in the Depression era when the Farm Security Administration initiated a photography programme about the poverty-stricken Northern American Great Plains and employed (now) famous photographers – amongst them Walker Evans and Dorothea Lange – who produced visual material for public education and press information. Already in these cases, photography was used as a means not only to document but also raise awareness of issues that were beyond the common range of experience. Unfortunately, in this volume, these early photographic ›activists‹ are granted no more than a cursory mention; their involvement in the development of a (programmatically) critical and explorative photography remains notably unfathomed.

By way of introduction, the editors Heide Fehrenbach and Davide Rodogno situate their volume as an intellectual combination of studies of visual culture and humanitarianism. Beyond the ›Western spectator‹, implicit in the current discussion of photography, the editors path the way for a perspective deconstruction of the still Eurocentric approach to humanitarian photography.

Heather D. Curtis investigates the controversy and ethical debates surrounding the depiction of famine in 19th century India in the internationalization of Christian humanitarianism, concluding that the »aid industry« today still has not resolved questions of the »ethics of representation« (p. 44).

Christina Twomey discusses two case studies at the turn of the 20th century: the British relief campaign concerning Indian famine and the Congo Reform Association. Analyzing the shaping of the atrocity discourse by the application of visual or textual material, she demonstrates how this process of educating the public via pictorial representation resulted in the stimulation of empathy and sympathy as well as a necessary distance to those suffering.

Kevin Grant sheds light on the negotiation of social mores in the public presentation of the »Congo atrocities«. Utilizing photographic evidence to expose misdeeds in particular of the Belgian regime, improvements brought about by the Congo Reform Movement and evangelical missionaries were emphasized. This not only reproduced gender roles relating to both indigenous and ›whites‹ involved in the production of the images but also the social diversification of the British spectators.

Peter Balakian compares the visual culture of amateur war photographers and humanitarian photographers, documenting the aftermath of the First World War in the Near East. Pictorial representations drew on religious tropes and turned emaciated and destitute women into »pop culture figures« (p. 105) that catered to mass market audiences in Western cultures.

Caroline Reeves follows the history of the Chinese Red Cross movement in the context of a long-standing tradition of illustrating catastrophes and the thousand-year-old tradition of »mutual aid societies« (p. 118), whose campaign – other than the Western focus on suffering – centred on identification with the aid-givers.

Francesca Piana also examines the use of photography and film in the Chinese Red Cross movement. She identifies a shift, increasing after 1945, towards the depiction of children as »targets of humanitarian organizations' visual campaigns« (p. 156) and the transformation of humanitarianism into a »mass marketing venture« (p. 158) supplying an international audience.

In the same vein, Heide Fehrenbach presents a long-term historical perspective on child-centred humanitarian photography and »atrocities images« as both »evidence« and »emotional provocation« (p. 175). She substantiates the genderization of the humanitarian view in the form of a gradual concentration on the mother-child image and a narrative that privileged the war experiences of women and children during and after the First World War.

Silvia Salvatici discusses the media campaigns of the United Nations Relief and Rehabilitation Administration that were shaped by the employment of professional photographers and strategies of the organization's self-representation. The rather impersonal approach resulted in »standardized and depersonalized« portrayals of the aid-recipients and a general »disempowerment of the men, women, and children« involved (p. 218).

Davide Rodogno and Thomas David investigate campaigns by the World Health Organization after the Second World War and question how their adaption of visual politics employed by similar organizations helped to enhance the WHO's global authority and legitimacy.

Lasse Herten challenges the visual narratives of genocide in the context of the Nigerian Civil War. Reminding of the visual documentation of Nazi concentration camp prisoners, the depiction in European and American media, photographs of the starving »Biafran Babies« symbolize inherent power relations. Moreover, the denial of agency to the persons depicted creates a »shared collective identity, an »emotional community« of Western observers« (p. 256).

Henrietta Lidchi shows how the Ethiopian famine campaigns of the 1980s constitute a turn in the discourse on the ethical implications connected to the visual representation of human suffering. The »subjects of the photographs are transformed into objects by virtue of being »shot«, »colonized and powerless« become »fixed realities« (p. 277). Criticism against such tendencies resulted in an abandoning of discriminating visual language and a turn towards a more positive imaging that centred on »strength, dignity, and self-determination« of those depicted.

Sanna Nissinen, likewise, writes about ethical implications and traces the debates between humanitarian workers and professional photographers in the field. By way of an impressive participatory observation, she gives voice to indigenous photographers. She shows how the relationship between an allegedly »all-powerful photographer and a subject without agency or power« is negotiated on the everyday individual level, and »challenges to [the] assumed power dynamic arise frequently« (p. 314).

»Humanitarian Photography« provides a comprehensive reflection on humanitarian photography from its emergence to the present days. However, as a contribution to the (historical) study of visual representation, the volume leaves unheeded the relation of depictions of human suffering to, amongst other things, the contemporaneously emerging advertisement culture and »commodity racism«. Drawing on colonial scenarios and depictions of indigenous »others«, this branch of visual culture not only popularized the alleged inferiority of the colonized nations but also – under the purportedly humanitarian cloak of the »white man's burden« – considered it the duty of European nations to accelerate the »civilizing« of allegedly backward indigenous peoples, thus advocating and legitimating imperialism as a noble endeavour. Expanding on the relations and demarcations between these imperialist and the

humanist discourses could have contributed to the thematic strand concerning the balancing of agency between the photographer and the photographed – not least because humanitarianism, its visual representations, and the campaigns and actions springing therefrom continue to be scrutinized in the context of (postcolonial) paternalism and racist discrimination.

Nonetheless, in showing how pivotal depictive representations continue to be for the public consciousness-raising in terms of suffering and global atrocities, »Humanitarian Photography« definitely constitutes an instructive and crucial contribution to the discourse of visual culture and humanitarianism.

Stefanie Affeldt, Heidelberg

Zitierempfehlung:

Stefanie Affeldt: Review of: Heide Fehrenbach/Davide Rodogno (eds.), *Humanitarian Photography. A History*, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2015, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81855>> [23.4.2018].

Ewald Grothe/Aubrey Pomerance/Andreas Schulz (Hrsg.), Ludwig Haas. Ein deutscher Jude und Kämpfer für die Demokratie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 174), Droste Verlag, Düsseldorf 2017, 320 S., brosch., 49,90 €.

Anthony Haas, geboren 1944, ist in Neuseeland mit den Geschichten über seinen Großvater Ludwig Haas aufgewachsen. Er hat dieses Erbe angenommen und sich ihm verpflichtet. 2015 hat er sich dazu entschlossen, Ludwig Haas' Nachlass dem Archiv des Jüdischen Museums Berlin (JMB) anzuvertrauen, das ein Jahr später – in Kooperation mit der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl) und dem Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (ADL) – ein wissenschaftliches Symposium über den deutschen Juden und linksliberalen Politiker Ludwig Haas (1875–1930) veranstaltete. Die verschriftlichten Redebeiträge liegen nun – in der Schriftenreihe der KGParl – vor und füllen eine bislang schmerzende biografische Leerstelle.

Aubrey Pomerance, der Leiter des JMB-Archivs, untersucht eingangs Haas' Engagement als jüdischer Verbindungsstudent und macht dessen Auseinandersetzung mit der feindlich gesinnten Mehrheitsgesellschaft auf der einen, den zionistischen Bündeln und Ideen auf der anderen Seite als Initialzündung seiner politischen Laufbahn aus: Hier stand ein religiös indifferenter, auf seine jüdische Abstammung hingegen stolzer und selbstbewusster deutscher Staatsbürger und klagte gleiche Rechte ein. Die Verbindung von Deutschtum und Judentum, gepaart mit emanzipatorischem Drang und getragen von großem Fortschrittsoptimismus, wirkte als Movens. Doch nicht nur sein Judentum, auch seine Herkunft aus dem Badischen war für ihn bestimmend, wie Jens Weinhold, wissenschaftlicher Mitarbeiter der KGParl, herausarbeitet: Früh schon plädierte der Karlsruher Jungpolitiker für ein Bündnis des Liberalismus mit der »Arbeiterdemokratie«, also der von vielen Gesinnungsfreunden noch immer ängstlich gemiedenen SPD. Seit 1909 arbeitete er mit den Sozialdemokraten Eugen Geck und Wilhelm Kolb im Karlsruher Stadtrat eng zusammen und wurde so zu einem der Architekten des badischen »Großblocks«, der auch auf Seiten der SPD, vor allem der SPD-Führung, mit starken Vorbehalten zu kämpfen hatte. 1912 führte ihn sein politischer Weg – er hatte den sozialdemokratischen Mandatsinhaber Geck überraschend knapp geschlagen – in den Reichstag, wo er einer der bedeutendsten Repräsentanten zunächst der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP), später dann der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) werden sollte. Der (Wahl-)Heimatstadt Karlsruhe blieb der gebürtige Freiburger, der seine gutgehende Anwaltskanzlei auch als Reichstagsabgeordneter weiterführte, zeit seines viel zu kurzen Lebens eng verbunden.

Torsten Riotte, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, widmet einem Ereignis, an dem der junge Abgeordnete Haas 1913 Anteil hatte, eine eigene Betrachtung: Der Berner Verständigungskonferenz, die auf eine Initiative seines sozialdemokratischen (ebenfalls deutsch-jüdischen) badischen Landsmanns Ludwig Frank zurückging. Vor dem Hintergrund virulenter Kriegsgefahren und Aufrüstungsbestrebungen auf allen Seiten handelte es sich um das erste deutsch-französische Parlamentariertreffen überhaupt. Als ein Symbol der Verständigungs- und Gesprächsbereitschaft war es gedacht, und der »Geist von Bern« beseelte auch Haas. Ein Jahr später zog Europa in den Krieg, und Haas, der Frankreichs Kriegseintritt als Verrat am Berner Geist empfand, eilte – als stolzer Deutscher, in der festen Überzeugung, einen Verteidigungskrieg zu führen – zu den Fahnen. Ludwig Frank, die große politische Hoffnung der SPD, tat dasselbe und fiel – als erster Reichstagsabgeordneter überhaupt – im September 1914. Haas, der, weil er Jude war, als junger Mann noch nicht einmal Gefreiter werden konnte, brachte es im Ersten Weltkrieg zum Leutnant und Träger des E.K. I, was er sicherlich als Ausdruck einer allgemeinen Demokratisierung deutete. Ein Foto zeigt ihn 1915 in vollem Ornat und im Kreise seiner ebenfalls »feldgrauen« Reichstagskollegen.¹ Haas leitete das Dezernat für jüdi-

¹ Max Bloch (Hrsg.), Albert Südekum. Genosse, Bürger Patriarch. Briefe an seine Familie 1909–1932. Mit einem Vorwort von Michael Wolffsohn, Köln/Weimar etc. 2017, S. 78.

sche Schul- und Kultusangelegenheiten der deutschen Verwaltung in Warschau und kam hier erstmals mit dem Ostjudentum in direkte Berührung. Ein Erlebnis, das ihn, anders als den gemeinen Soldaten Arnold Zweig, aber eher befremdete als faszinierte. Unter seiner militärischen Verwendung hatte seine parlamentarische Wirksamkeit zu leiden, wie Jürgen Frölich, stellvertretender Leiter des ADL, ausführt. Aber ein Redebeitrag sorgte dann doch für Aufmerksamkeit: Die berüchtigte »Judenählung« von 1916 musste der Offizier und Patriot, der es stets vermieden hatte, als explizit jüdischer Politiker aufzutreten und wahrgenommen zu werden, als beleidigend empfinden und als Versündigung an jenem Geist der Geschlossenheit, den er als siegverbürgend empfand. Im Plenum fand er hierfür deutliche Worte.

Nach Kriegsende wurde Haas vorübergehend Innenminister in Baden und moderierte als solcher – im Wechselspiel mit dem ehemaligen Reichskanzler Prinz Max von Baden – gekonnt und erfolgreich den Machtwechsel, indem er dem Großherzog einen gesichtswahrenden Rücktritt ermöglichte. Die badische Landesgeschichte, rügt Michael Braun, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, hat Haas' Verdienste, die gewaltig waren, fast vergessen. Haas, der stets auf der linken Seite des Liberalismus stand, gehörte für die DDP zunächst der verfassungsgebenden Nationalversammlung, dann – bis zu seinem Tod – erneut dem Reichstag an. Volker Stalman, wissenschaftlicher Mitarbeiter der KGParl, zeichnet seinen Aufstieg in der Fraktion konzipiert nach. Unermüdlich warb Haas für die Republikanisierung von Armee und Beamtenschaft, insbesondere der Justiz. Für den Wehrpolitiker Haas war es problematisch, sich einem Reichswehrminister Otto Geßler gegenüberzusetzen, der ein Parteifreund war und die Autonomie der Armee, des »Staats im Staate«, eifersüchtig schützte. Allzu offene Worte verboten sich hier. Nach höchsten Ämtern strebte Haas nicht: Ein jüdischer Reichsminister schien ihm angesichts des grassierenden Antisemitismus nicht opportun. Der Rathenau-Mord traf auch ihn. Mit seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden 1928 betrat Haas aber gleichwohl die große politische Bühne, konnte das Amt krankheitsbedingt aber nur ein Jahr hindurch ausfüllen. Nach einem Schlaganfall musste er sich zurückziehen und starb am 2. August 1930, 55-jährig, in Karlsruhe. Das Scheitern der Großen Koalition unter Hermann Müller, die beginnende Agonie des deutschen Parlamentarismus, die Vereinigung der DDP mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei – all das konnte er »nur noch aus der Ferne verfolgen« (S. 154). Ob Haas, wäre er der deutschen Politik erhalten geblieben – diese Frage stellt der Leiter des ADL, Ewald Grothe, in den Raum –, die Partei möglichenfalls verlassen, ob er sich vielleicht sogar, wie Anton Erkelenz, der SPD angeschlossen hätte, muss Spekulation bleiben. Was ihm durch seinen frühen Tod erspart wurde, macht der Beitrag Martin Schumachers, des Doyens der Abgeordnetenbiografie, über die linksliberale Emigration nach 1933 hingegen überdeutlich.

»Jude und Demokrat, aber klug und edel.«² So urteilte der ihm wohlgesinnte Max von Baden über Ludwig Haas. Andreas Schulz, Leiter der KGParl, weist in seinem Beitrag »Daheim unter Fremden« auf die besonderen Herausforderungen hin, mit denen ein deutsch-jüdischer Patriot wie Haas umgehen musste. Er gehörte zahllosen überparteilichen Vereinigungen, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der Deutschen Friedensgesellschaft, dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, an und blieb, wie Schulz schreibt, »von der Selbstverteidigungskraft der Weimarer Republik« lange Jahre überzeugt. (S. 173) Damit kontrastiert die Familienüberlieferung, nach der Haas seinen beiden Kindern, Judith und Karl, noch vom Sterbelager aus die baldige Emigration angeraten hätte. Wie verlässlich derartige Überlieferungen auch sein mögen – das Schicksal der Familie wird in dem vorliegenden Band dankenswerterweise breit verhandelt: Das gilt nicht nur für Karl (1909–1992), der in Neuseeland ein neues Leben begann, und für Judith (1903–1990), die in der Fremde niemals heimisch werden sollte; das gilt auch für Haas' Ehefrau Josefina, die – eine besondere Tragik – am 7. September 1943 in ihrem Brüsseler Versteck durch die Bomben der Royal Air Force ums Leben kam; und es gilt für Haas' Schwester, die Schriftstellerin und Politikerin Marie Schloß (1872–1952) und deren Kinder, deren Schicksale in den Beiträgen von Heidi Gembicki-Achtnich, Martin Achtnich und Barbara Wolbring verhandelt werden.

Was also bleibt nach der Lektüre dieses gründlich redigierten und schön gestalteten Sammelbands? Anthony Haas hat richtig gehandelt: Durch die Übergabe des Nachlasses an das Archiv des JMB ist Ludwig Haas als bedeutende Persönlichkeit des deutschen Linksliberalismus in das Blickfeld der Ge-

² Zit. in: *Lothar Machtan*, Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers. Eine Biografie, Berlin 2013, S. 492.

schichtwissenschaft zurückgekehrt. Mag das Persönliche, der Überlieferungslage geschuldet, auch relativ dünn bleiben, so vermittelt sich doch das Bild eines sympathischen, freundschaftsfähigen Familienmenschen und überzeugungsstarken deutschen Demokraten. Man wird Ludwig Haas fortan nicht mehr übergehen können. Er ist aus dem Schatten herausgetreten.

Max Bloch, Köln

Zitierempfehlung:

Max Bloch: Rezension von: Ewald Grothe/Aubrey Pomerance/Andreas Schulz (Hrsg.), Ludwig Haas. Ein deutscher Jude und Kämpfer für die Demokratie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 174), Droste Verlag, Düsseldorf 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81856>> [23.4.2018].

Ernst-Albert Seils, Hugo Haase. Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2016, 833 S., geb., 86,00 €.

Hugo Haase (1863–1919) ist als Vorsitzender der SPD und der USPD wohl nur noch den Wenigsten ein Begriff. Der Name dieses Linkssozialisten aus Ostpreußen, in dessen Leben und Wirken sich die ganze Größe des Aufstiegs der deutschen Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert und gleichzeitig ihre Tragik in den Jahren des Ersten Weltkriegs widerspiegelt, geriet beinahe in Vergessenheit. Wissenschaftliche und überhaupt biografische Auseinandersetzungen mit Haase und seinen Spuren fanden sich im Laufe des seit seinem Tod vergangenen Jahrhunderts nur sporadisch. Dieses Desiderats eingedenk hat Ernst-Albert Seils Ende 2016 bei Peter Lang seine monumentale, 833 Seiten starke politische Biografie Haases vorgelegt. Sie trägt den Untertitel: »Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit«.

Gleich zu Beginn kritisiert Seils den Umgang der Fachwissenschaft mit Haase: »Die Geschichtsforschung wurde seinen Leistungen und seiner Bedeutung bisher nicht in angemessener Weise gerecht. Möglichst alles noch vorhandene und greifbare Quellenmaterial aufzuspüren und auszuwerten, diese Mühe machten sich die deutschen Historiker bis heute nicht« (S. 20). Seils hat sich dieser Detektivarbeit gestellt und sie mustergültig bewältigt. Mit einer Rekonstruktion äußerst karger Lebens-, Arbeits- und Wohnverhältnisse im ermländischen Allenstein, dem Geburtsort Haases am 29. September 1863, führt uns Seils in die Biografie des angehenden Anwalts und Politikers ein. Der Sohn eines armen, am unteren Rand der ländlich geprägten Gesellschaft lebenden jüdischen Schuhmachers erfuhr vom Lebensbeginn an Armut, Hunger und Not, gleichfalls Ausgrenzung im konservativ strukturierten Ostpreußen. Unter solchen Bedingungen musste die Familie Schutz, Sicherheit und Orientierung geben. Bei jüdischen Familien kamen noch eine ausgeprägte Bildungsbeflissenheit und ein starker Aufstiegs-wille hinzu. Beides fand sich auch in Haases Elternhaus wieder, ebenso wie eine den Alltag begleitende Religiosität, die ihr Übriges zur Entwicklung von Haases friedvollem, auf Verständigung orientierten, größtmögliche Gerechtigkeit anstrebenden Charakters beigetragen hat. Die Lehre Immanuel Kants übte ebenfalls einen gestaltenden Einfluss aus. Hieraus erwuchs der Wunsch, dem Guten und der Gerechtigkeit als Jurist zu dienen. Mit viel Empathie und auf eine sympathische Art bildhaft-anschaulich lässt Seils den Leser am Fragment des Aufwachsens Haases teilhaben. In Rastenburg am Königlichen Gymnasium schließlich bestand der junge Hugo sein Abitur als Jahrgangsbester an Ostern 1882. Königsberg, die Stadt Kants, wurde seine nächste Lebensstation, als er an der Universität das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften aufnahm. Die Hauptstadt des alten Preußen und des kategorischen Imperativs formte das politisch-moralische Fundament, auf dem die Persönlichkeit des radikal-demokratischen Linkssozialisten wachsen konnte. Es waren die gravierenden sozialen Klassengegensätze, die Kluft zwischen den wenigen Reichen und der Masse der Armen, gar Bettelarmen, von Seils detailreich aus den Quellen illustriert, die Haase zum Sozialisten werden ließen, der 1887 der Sozialdemokratie beitrug und uns auf diese Weise ab 1897, dem Jahr seiner Wahl in den Reichstag, begegnet. Überhaupt versucht der Autor in diesen Teilen seiner Arbeit, die sich mit dem aufwachsenden Haase befassen, auf durchaus eindrucksvolle Weise die mangelnde personenbezogene Quellenlage durch lokal-, regional- und kulturgeschichtliche Erörterungen auf Quellen- und Literaturbasis zu ersetzen, um so zumindest weitgehend authentische Rahmenbedingungen zu rekonstruieren.

An der Königsberger Universität zählte der deutschnationale Professor Felix Dahn zu seinen Hochschullehrern. Die Auseinandersetzung mit diesem geistigen Umfeld brachte viele junge Studenten zur Beschäftigung mit den Lehren von Kant und Karl Marx. Zu ihnen gehörte neben Hugo Haase auch Otto Braun. Der Leseclub kantscher Schriften, in dem beide sich betätigten, fungierte unter den Bedingungen des »Sozialistengesetzes« eher als eine getarnte Veranstaltung junger Sozialdemokraten zum Marxstudium, wie Seils feststellt (S. 95). Dass es sich bei der zeitgenössischen junkerlich-bürgerlichen Gesellschaft

um einen »Klassenstaat« handelte, der auch die Justiz zur »Klassenjustiz« macht und Gesetze im eigenen Interesse beschließt, ergab sich folglich für Haase, der seitdem seinem von Marx und Kant geprägten radikaldemokratisch-linkssozialistischen Gesellschaftsbild treu blieb. Nach seinem Ersten juristischen Staatsexamen 1885 trat er der SAPD bei, sein Zweites Staatsexamen bestand er 1889. Als bei den Reichstagswahlen von 1890 Carl Schulze den Wahlkreis Königsberg 3 in der Stichwahl vom 1. März erstmals für die Sozialdemokratie gewann, war der politische Bann gegen die Arbeiterpartei gebrochen. Mit den Daten verfährt Seils hier allerdings etwas zu unkonkret. Als Schulze 1897 starb, folgte ihm Hugo Haase in den Reichstag und wurde nach Arthur Stadthagen der zweite Volljurist der SPD im Reichstag. Er entstammte wie Stadthagen einer jüdischen Familie, allerdings aus dem Berliner Bürgertum, und profilierte sich als Anwalt verfolgter Sozialdemokraten und der Arbeiterschaft Königsbergs. Auf diese Weise wurde Haase bekannt und beliebt, wie Seils im 5. Kapitel des II. Teils ausführt. Aber im Gegensatz zu Stadthagen, der 1892 Berufsverbot erhielt, gelang es der konservativen Richterschaft nicht, Haase auszuschalten. Er blieb bis zu seinem Tode Anwalt und als Jurist der Arbeiterschaft stets eng verbunden. Sein persönlicher Aufstieg bis zum Parteivorsitzenden der SPD nach 1911 spiegelt den Weg der Sozialdemokratie von einer verfolgten Arbeiterpartei zur größten Massen- und Wählerpartei im deutschen Kaiserreich wider.

Tragische Parallelen zu seinem Freund Arthur Stadthagen, dessen Nachlassverwalter er nach seinem Tod am 5. Dezember 1917 war, finden sich nach 1933 im Familienkreis. Sein Schwiegervater, Dr. Max Lichtenstein, wurde 82-jährig nach Theresienstadt deportiert, wo er umgehend verstarb. Mit seiner Frau Thea hatte Hugo Haase drei Kinder, sein Sohn Ernst brachte 1929, zehn Jahre nach dem Tod des Vaters, ein Gedenkbuch zu seinen Ehren heraus, das auch wichtige Reden und Dokumente enthält.¹ Die beiden Töchter wanderten nach Palästina aus, Ernst emigrierte in die USA. Zu den Freunden der Haases zählten u.a. Oscar Cohn, Emanuel Wurm, Arthur Stadthagen aus der Reichstagsfraktion (SPD/USPD), Kurt Rosenfeld (SPD/SAP) und Julius Magnus von der Arbeiterpartei des jüdischen Zionismus, Poale Zion.

Doch seine eher altruistischen Eigenschaften trugen letztlich auch zur Tragik seines eigenen politischen Wegs bei. Als am 4. August 1914 nach heftigen fraktionsinternen Auseinandersetzungen die Mehrheit der Reichstagsfraktion gegen die Meinung Haases und Anderer die Zustimmung zur Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag beschloss und durchführte, war es der Vertreter der Fraktionsminderheit, Hugo Haase, der als Ko-Vorsitzender der Fraktion gegen seinen Willen dieses Votum im Reichstag äußerte. Er hielt sich an die Fraktionsdisziplin, bezeichnete dies aber später als seinen größten politischen Fehler. Seils zeichnet auch hier den Weg Haases und der Opposition in die offene Opposition nach. Am 24. März 1916 gründete sich aus den Ausgeschlossenen der Fraktion, darunter Haase und Georg Ledebour, die »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« (SAG), die wiederum im April 1917 zum Kern der neuen USPD werden sollte, eigentlich aber das Erbe der Bebel-SPD anzutreten gedachte. Haase wurde ihr Vorsitzender, während der Novemberrevolution 1918 Mitglied des »Rates der Volksbeauftragten«, nach seinem Austritt hieraus (29. Dezember 1918) 1919 Mitglied der Nationalversammlung für die USPD. Am 7. November 1919 starb Hugo Haase an den Folgen des auf ihn verübten Revolverattentats. Offen bleibt, ob ein Verwirrter oder ein politischer Attentäter den Anschlag verübte. Vielleicht ging mit seinem Tod auch eine politische Handlungsalternative verloren, wie Seils mutmaßt. Widersprechen möchte man ihm nicht.

Ernst-Albert Seils ist mit dieser Biografie ein großer Wurf gelungen. Detailfreude, Gründlichkeit der Recherche und eine angenehme Sprachführung zeichnen diese Biografie aus. Sie bringt uns eine Persönlichkeit zurück, an die wir alle und die Sozialdemokratie uns häufiger und intensiver erinnern sollten. Da fallen auch kleine Versäumnisse der Lektorierung kaum ins Gewicht, wenn man die überaus großartige Gesamtleistung dieses Werks betrachtet.

Holger Czitrich-Stahl, Glienicke/Nordbahn

Zitierempfehlung:

Holger Czitrich-Stahl: Rezension von: Ernst-Albert Seils, Hugo Haase. Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81857> [23.4.2018].

¹ *Ernst Haase*, Hugo Haase. Sein Leben und Wirken, Berlin 1929.

Marco Swiniartzki, Der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1891–1933. Eine Gewerkschaft im Spannungsfeld zwischen Arbeitern, Betrieb und Politik, Böhlau-Verlag, Köln/Weimar etc. 2017, 470 S., geb., 65,00 €, auch als E-Book erhältlich.

Zum Markenzeichen der Metallarbeiter-Gewerkschaft in Deutschland gehörte immer der Anspruch, die »größte Einzelgewerkschaft der Welt« zu sein. Das prägte nicht nur das Selbstbild der IG Metall, sondern galt schon für ihre Vorläuferorganisation, den 1891 gegründeten Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), der in kurzer Zeit die zunächst größere Bergarbeitergewerkschaft überflügelte. Von Beginn an bestand der DMV darauf, ein Industrieverband zu sein. Damit spielte er eine Vorreiterrolle bei der Herausbildung moderner gewerkschaftlicher Strukturen, dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand mit dem Aufkommen der Großbetriebe angemessen. Eine solche Vorstellung legte insbesondere der Blick auf die zentralen Organisationsstrukturen und die Führungsebene nahe, wie ihn Fritz Opel, ein Mitarbeiter von Otto Brenner, in seiner Dissertation über den DMV im Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution¹ und dann in der von ihm mitverfassten, zum ersten Mal 1966 erschienenen und anschließend mehrfach fortgeschriebenen Jubiläums-Festschrift der IG Metall vornahm.²

Neuere Untersuchungen haben dies hinterfragt, indem sie auf die hartnäckige Resistenz so mancher noch stark handwerklich geprägter Berufsgruppen gegen das Werben des DMV hinwiesen. Am bekanntesten ist der Fall der Solinger Scherenschleifer, über die eine seinerzeit viel beachtete Studie von Rudolf Boch vorgelegt wurde.³ Aber am »entgegengesetzten Ende« galten ähnliche Schwierigkeiten bei der Organisierung für die Großbetriebe der Eisen- und Stahlindustrie, vor allem der Hüttenwerke, sodass der DMV trotz hoher Mitgliederzahlen lange Zeit de facto mehr eine Föderation von Berufsvereinen in der durch Handwerker und Facharbeiter geprägten Klein- und Mittelindustrie darstellte als einen wirklichen Industrieverband, wie das Elisabeth Domansky-Davidsohn 1981 herausarbeitete.⁴

Hier geht nun der Blick von Marco Swiniartzki in der Druckfassung seiner Jenaer Dissertation von der Institution im Mittelpunkt über auf das Verhältnis des DMV zu seiner Basis in den Betrieben. Das Wechselverhältnis zwischen der – entsprechend der damaligen Situation rein männlichen – Arbeiterschaft in den Betrieben und der Gewerkschaftsorganisation von der DMV-Gründung bis zur Errichtung der NS-Diktatur stellen die zentrale Fragestellung dar. Exemplifiziert wird das an zwei Regionalstudien: Zum einen geht es um das damalige Zentrum des Maschinenbaus in Chemnitz, zum anderen um die Hüttenindustrie im Ruhrgebiet. Die Entwicklung der Arbeitsprozesse im Verlaufe der Jahrzehnte prägte dabei den Wandel in der gewerkschaftlichen Präsenz (oder Nicht-Präsenz) im Betrieb. Allerdings fließen auch immer wieder bestimmende Einflüsse aus einem breiteren Kontext ein, wie sich zeigen lässt.

Strukturiert ist die Darstellung anhand der Chronologie. Der Verfasser hat seine Untersuchung in eine Reihe von um die zehn Jahre dauernden Entwicklungsetappen mit jeweils bestimmenden Merkmalen aufgeteilt. Die Jahre ab 1890 bis um die Jahrhundertwende waren noch stark handwerklich geprägt

¹ *Fritz Opel*, *Der deutsche Metallarbeiter-Verband während des ersten Weltkrieges und der Revolution*, Hannover 1957. Weitere Auflagen folgten.

² IG Metall (Hrsg.), *Fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft 1891–1966*. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild, Frankfurt am Main 1966. Ergänzte Ausgaben erschienen dann 1981 zum 90. Jubiläum und 1991 zum 100. Jubiläum.

³ *Rudolf Boch*, *Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870–1914*, Göttingen 1985.

⁴ *Elisabeth Domansky-Davidsohn*, *Arbeitskämpfe und Arbeitskämpfstategien des Deutschen Metallarbeiterverbandes von 1891 bis 1914*, Diss., Bochum 1981; *dies.*, "Der Großbetrieb als Organisationsproblem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vor dem Ersten Weltkrieg", in: *Hans Mommsen* (Hrsg.), *Arbeiterbewegung und industrieller Wandel. Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr*, Wuppertal 1980, S. 95–116.

mit entsprechend deutlich voneinander unterschiedenen Berufs- und Hierarchiegruppen. Insbesondere im Maschinenbau war die Bearbeitung quasi durch die Aneinanderreihung von einzelnen Werkstätten charakterisiert. Das galt jedoch nicht für die Hüttenwerke, da sie üblicherweise nicht unterschiedliche Endprodukte in kleinen Reihen herstellten, sondern eine Art mehr oder weniger gleichförmigen Rohstoff zur Weiterverarbeitung. Damit konnten Arbeitsprozesse viel stärker vereinfacht und rationalisiert und insgesamt der Arbeitsteilung unterworfen werden. Entsprechend baute der DMV in Chemnitz auf Traditionen eines Versammlungslebens der Handwerker auf, während bei den Hüttenarbeitern der DMV kaum Wurzeln schlagen konnte und sich schnell eine Art kultureller Graben zwischen den eher »facharbeiterlich« geprägten DMV-Aktivisten, die nicht zuletzt das entstehende Funktionärskorps prägten, und der oftmals mit Verachtung begegneten unorganisierbaren »Masse« auftrat, für die hohe Fluktuation ein besonderes Merkmal war.

Das hatte natürlich auch etwas mit der Rolle der Migration zu tun, der Swiniartzki ein eigenes Kapitel widmet. Während der DMV in Chemnitz diese Herausforderung durch zumeist sächsische Binnenmigration mit einer geringen Zahl tschechischer Wanderarbeiter noch relativ leicht in den Griff bekam, zeigte man sich im Ruhrgebiet trotz gelegentlicher Selbstkritik dazu kaum fähig. Hier stellte die Situation der Polen eine besondere Herausforderung dar. Mit einem gewissen Neid musste man hier die höheren Organisierungsfähigkeiten der Katholiken in diesem Milieu anerkennen.

Doch um die Jahrhundertwende war im Maschinenbau in eine Zeit eingetreten, die der Autor die Betriebsphase des DMV nennt. Neue Arbeitsprozesse und damit verbunden eine Zunahme der Betriebsgröße zwangen den DMV zur Ansprache der Arbeiterschaft nicht mehr nur auf außerbetrieblichen Versammlungen, sondern zur Entwicklung von betrieblichen Vertrauensleute-Strukturen. Die Umwälzungen in den Arbeitsstrukturen der Hüttenindustrie ließen hier allerdings nicht gleichfalls neue Möglichkeiten zu. Hier musste weiterhin viel stärker auf die außerbetriebliche Ansprache gesetzt werden.

Die beiden letzten Abschnitte beschäftigen sich mit der »Phase der Orientierung von 1914 bis 1924« und der »Rationalisierungsphase von 1925 bis 1933«, die ihre bestimmenden Prägungen aus den politischen Umbrüchen erhielten, wie sie sich vom Beginn des Ersten Weltkriegs an über die Revolution, die diversen Krisen der Weimarer Republik bis hin zu ihrem Ende ergaben. Damit wuchs der DMV in eine bis dahin nicht gekannte, im staatlichen und weitgehend auch im betrieblichen Rahmen anerkannte Funktion hinein. Das machte nun auch eine ganz andere Herangehensweise an die Betriebe und die Präsenz darin möglich und nötig. Doch zugleich ergab sich daraus nicht nur eine ganz andere Erwartungshaltung an die Einflussmöglichkeiten, sondern kam es ebenso oft auch zu neuen Herausforderungen im Betrieb durch linke Kräfte.

Nachdem insbesondere der DMV zunächst von der Inflationskrise im Jahre 1923 sehr hart getroffen war, stellte die Metallindustrie ab 1924 schwerpunktmäßig das Terrain, auf dem neue Rationalisierungsmethoden erprobt wurden. Das zwang dem DMV eine intensive Diskussion über das Verhältnis dazu auf,⁵ ebenso wie er sich auch einer allgemeinen Weiterentwicklung der Organisation im Ergebnis der neuen Situation nach dem Weltkrieg zu stellen hatte, die zu einer neuen Berücksichtigung der jugendlichen und weiblichen Mitglieder führte. In leider nur sehr kurzen Schlussfolgerungen unterstreicht der Autor als Fazit, wie sehr die konkrete Rolle des DMV im Einzelfall vom Eingehen auf das vorgewerkschaftliche Umfeld im Betrieb abhing. Wenn er die betrieblichen Spielräume ausnutzen, sich mit dem »Eigen-Sinn« der jeweiligen konkreten Arbeiterschaft verbinden konnte, gelang ihm die Erringung einer starken Stellung. Doch insgesamt lässt die Entwicklung in den Jahren ab 1924 erkennen, dass der DMV, nach dem großen Rückschlag von 1923, in einer widersprüchlichen Situation als Gewerkschaft mit sozialistischem Anspruch, aber mit Aufgaben in einem kapitalistischen Umfeld, nicht mehr die große Mitgliederinklusion schaffte, die seinen Aufstieg vom Kaiserreich bis zu den Umbrüchen ab 1918 begleitet hatte. Für Swiniartzki ist dies auch ein wichtiger Hinweis zur Diskussion um die so leichte Ausschaltung der Gewerkschaften im Jahre 1933.

⁵ Leider hat der Autor zur gesamten, vor dem ersten Weltkrieg einsetzenden Rationalisierungsdiskussion im DMV die Dissertation von Rudolf Steinke (Der Deutsche Metallarbeiterverband 1914 bis 1924. Studie zur Sozial- und Organisationsgeschichte, Diss., Berlin 1991) nicht herangezogen. Auch sie ist leider unveröffentlicht geblieben.

Insgesamt liefert die Arbeit eine sehr dichte Beschreibung, die auch gründlich den organisatorisch-technischen Wandel in den Arbeitsprozessen mit seinen Auswirkungen auf das Verhalten der Belegschaften darstellt. Aufgrund des Fokus der Arbeit spielt die Darstellung der Gesamtorganisation mit den heftigen Auseinandersetzungen der verschiedenen politischen Strömungen in ihren Reihen, also die klassische Organisationsgeschichte, nur eine Rolle am Rande, insoweit das von Belang für die hier analysierten regionalen Situationen war. Eingestreut sind Hinweise auf das Verhältnis zur SPD.

Was diese beiden »case studies« aber für das Gesamtbild des DMV bedeuten, ist allerdings nur extrapoliert. Inwieweit waren sie typisch? Was stellten sie in der Gesamtstruktur des DMV dar? Leider hat Swiniartzki seine Auswahl nicht begründet, obwohl man ihr eine gewisse Plausibilität nicht absprechen kann – hier Zentrum des Maschinenbaus, da Zentrum der Hüttenindustrie –, doch wäre es sicherlich besser, den genaueren Stellenwert in einer Gesamtanalyse des DMV quantitativ wie qualitativ zu bestimmen, somit, inwieweit diese beiden Gliederungen auch als Teil für das Gesamte genommen werden können.

Zweifellos handelt es sich um eine anregende Studie, deren wesentliche Quellenbasis vor allem das Zentralorgan des DMV, die Metallarbeiterzeitung, und andere Veröffentlichungen aus dem gewerkschaftlichen Umfeld darstellen, aber auch viele zeitgenössische Publikationen zur Entwicklung der Arbeitswelt, darunter auch einige Erlebnisberichte, und die technische Literatur zur Entwicklung der Arbeitsprozesse. Sie lädt zu einem umfassenderen Blick auf die Entwicklung der Gewerkschaften ein. Schließlich können auch neue Gesamtdarstellungen nur auf der Basis vertiefter Regionalstudien entstehen, die nicht zuletzt das Verhältnis zwischen der Organisation und den Belegschaften in der konkreten Arbeitswelt als konstitutiv sehen.

Reiner Tosstorff, Frankfurt am Main

Zitierempfehlung:

Reiner Tosstorff: Rezension von: Marco Swiniartzki, Der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1891–1933. Eine Gewerkschaft im Spannungsfeld zwischen Arbeitern, Betrieb und Politik, Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81858> [23.4.2018].

Dennis Egginger-Gonzalez, Der Rote Stoßtrupp. Eine frühe linkssozialistische Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A: Analysen und Darstellungen, Bd. 11), Lukas-Verlag, Berlin 2018, 794 S., geb., 34,90 €, auch als E-Book erhältlich.

Mit seiner nun als Buch veröffentlichten Dissertation an der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 2016 über die linkssozialdemokratische Widerstandsgruppe »Roter Stoßtrupp« hat der Politikwissenschaftler Dennis Egginger-Gonzalez ein wissenschaftlich profundes und instruktives Werk vorgelegt. Wer glaubte, mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung Europas und Deutschlands vom NS-Regime gäbe es nur noch wenig wissenschaftlich Neues und für die politische Bildung Befruchtendes zu entdecken, sollte sich hierdurch widerlegt fühlen. Denn noch immer lagern in den Archiven und anderen Quellen wertvolle Detailinformationen, die wie Mosaiksteinchen zusammengesetzt ein immer dichteres Bild der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des gegen sie gerichteten Widerstands ergeben. Dass dem Verfasser ein erfolgreicher Beitrag hierzu gelungen ist, verdeutlichen die Aufnahme des Buches in die von Peter Steinbach und Johannes Tuchel herausgegebene Schriftenreihe der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin sowie die Förderung durch die Bundesregierung auf Beschluss des Deutschen Bundestags.

Die wissenschaftliche Darstellung umfasst etwa die Hälfte des Buches, es folgen als Anlagen eine Zeit- und Ortsverzeichnis, zahlreiche Kurzbiografien von Mitgliedern der »Roten Stoßtrupps«, ein ausführliches Ortsverzeichnis ihres Wirkens sowie eine Dokumentensammlung, die sich über mehr als 150 Seiten erstreckt. Schon die Umschlaggestaltung ist gelungen. Sie zeigt ein dreidimensional wirkendes Bild eines getippten Flugblatts, über dem eine zeitgenössische Umdruckmaschine »schwebt«, was die Aktionsform des Widerstands des »Roten Stoßtrupps« gegen den Faschismus symbolisiert.

Dass der »Rote Stoßtrupp« im Gegensatz zu bekannteren Widerstandsgruppen wie die »Weiße Rose«, die »Rote Kapelle« oder »Neu Beginnen« kaum bekannt ist, führt der Autor darauf zurück, dass sie in kein klassisches kommunistisches oder sozialdemokratisches Betrachtungsmuster passt. Und dennoch gehörte sie zu den langlebigsten Widerstandsgruppen überhaupt, denn ihr Wirken lässt sich von 1932 bis 1944/45 verfolgen. Außerdem gehörten später prominente Persönlichkeiten wie der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn, der Chronist der Sozialdemokratie Franz Osterroth, der Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann, der Bielefelder Oberbürgermeister und SPD-MdB Artur Ladebeck, der Rundfunk- und Fernsehkorrespondent Rudolf Küstermeier, Ernst von Harnack, der Bielefelder Verleger und Sozialdemokrat Emil Gross oder der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel zum »Roten Stoßtrupp«. Von daher regt der Verfasser eine grundlegende Neubewertung dieser Widerstandsgruppe an. Zu ihr gehörten nach seinen Recherchen mindestens 133 Personen, darunter 16 Frauen. Die Altersstruktur konzentrierte sich zur Hälfte auf die 20–29-Jährigen. Jedes zweite Mitglied entstammte der Arbeiterschaft, 31% waren den Angestellten und 12% der Studierendenschaft zuzurechnen. 93% der Aktivistinnen und Aktivisten gehörten der SPD bzw. der SAJ an, 51% dem ADGB bzw. dem DMV, 29% dem Reichsbanner und 14% den Freidenkern. Die Anfänge des antifaschistischen Widerstands des Stoßtrupps reichen bis zum Staatsstreich gegen das demokratische Preußen am 20. Juli 1932 durch die Präsidialregierung Franz von Papens zurück und zentrieren sich um die »Hochschule für Politik« in Berlin-Mitte. Rudolf Küstermeier, Curt Bley und Franz Hering begannen angesichts der wachsenden Gefahr der Diktatur noch im Herbst 1932 mit dem Aufbau einer Geheimorganisation jenseits von SPD und KPD, welche sie als diskreditiert ansahen. Nach dem NSDAP-Wahlerfolg am 15. Januar 1933 in Lippe bildete sich als Leitungszentrum ein »Roter Stab«, der den Weg in die Illegalität und die Herausgabe illegaler Aufklärungsmaterialien plante. Dabei spielte es keine Rolle, ob die anwachsende Zahl von Mitkämpfern der SPD oder der SAP angehörte, man orientierte sogar auf den Verbleib in den Parteien, auch der KPD, um dort Einflussmöglichkeiten zu erhalten. Besonders waghalsig war sicherlich

die Strategie, zum Zwecke der Ausforschung »trojanische Pferde« in NS-Organisationen einzuschleusen. Lenins »Was tun« stand auch dabei als Handlungsanleitung Pate.

Das politische Spektrum der Stoßtrupp-Kader kann als heterogen charakterisiert werden. Von marxistisch inspirierten Linksozialisten wie Hering reichte es bis in die durchaus national orientierten Anhänger des jungsozialistisch-lebensreformerischen »Hofgeismarer Kreises« hinein, von Paul Tillich und Eduard Heimann geprägt und vor 1933 in den »Neuen Blättern für den Sozialismus« zum Ausdruck kommend. Doch im Laufe ihrer Widerstandstätigkeit knüpften die lokalen Gruppen des »Stoßtrupps« Kontakte zu linksozialistischen Widerstandsgruppen wie dem ISK und verbündeten sich mit der SAP. In den Ortsgruppen Bielefeld und Brüel kooperierte man vereinzelt mit der KPD, auch zu liberalen und religiösen Oppositionsgruppen bestanden Verbindungen. Im Kern, so Egginger-Gonzalez, »handelte es sich beim Roten Stoßtrupp um eine linksozialistische Sammlungsbewegung, die den Legalitätskurs von Gewerkschaften und SPD ablehnte und eine Art ›dritten Weg‹ zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus auszuloten versuchte«. (S. 361) Die verzweigte Organisation über »Fünfergruppen« an der Basis und die zahlreichen Kontakte ließen die Auflage des illegal gedruckten »Der rote Stoßtrupp« auf bis zu 1.500 im November 1933 ansteigen, was einer vermutlichen Leserschaft von bis zu 7.500 entsprechen könnte (S. 98). In einigen Passagen lässt uns der Verfasser anschaulich teilhaben am äußerst schwierigen und unbedingt geheim zu haltenden Entstehungsprozess einer Ausgabe per Hektografiedruck.

Im Weiteren schildert er den Aufbau lokaler Stoßtrupppgruppen in Bielefeld, Kassel, Brüel, Pirmasens, Stettin und Stuttgart und nennt weitere Aktionsorte der Gruppe, darunter Kiel, Halle, Leipzig, Hamburg, Lübeck, Magdeburg, Frankfurt am Main und das kleine Lerbeck bei Minden (S. 134f.).

Schon im Sommer 1933 kam die Gestapo dem Stoßtrupp auf die Spur. Es dauerte bis kurz nach der Verteilung der Nr. 27 der Zeitung, bis der Zugriff erfolgte, wahrscheinlich auf eine Denunziation hin. Im Dezember erfolgten Verhaftungen mehrerer Mitglieder, darunter Küstermeier und Kurt Fischer. Die Verhafteten wurden in den Folterkellern des Regimes, z.B. in Berlin in der Prinz-Albrecht-Straße, in der General-Pape-Straße (SA-Gefängnis) und im Polizeipräsidium misshandelt. Insgesamt muss man geschert von bis zu 200 Festnahmen ausgehen. In mehreren Prozessen erhielten die Angeklagten, die sich im Allgemeinen mutig und schweigsam verhielten, vorwiegend Zuchthausstrafen, wobei sich das Strafmaß mehr und mehr verschärfte. Doch mussten auch Freisprüche ausgesprochen werden (S. 177).

Damit schien der »Rote Stoßtrupp« zerschlagen worden zu sein. Doch die ins Ausland Geflohenen begannen die Widerstandsarbeit von neuem. Ausgangspunkt war diesmal der Hilfsfonds für Inhaftierte und Angehörige. Die Rekonstruktion seiner Tätigkeit bedeutete mehr oder minder Neuland für den Verfasser. Daran beteiligt waren unter anderem Franz Hering, Ernst Fraenkel, Curt Bley, Elisabeth Küstermeier, Robert Keller und Arthur Schweitzer. Rudolf Küstermeier war zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden und blieb fast durchgehend bis zur Befreiung 1945 in Haft, zum Schluss in den KZs Sonnenburg, Sachsenhausen und Bergen-Belsen. Franz Osterroth und Robert Keller mussten in die Tschechoslowakei fliehen und wirkten im deutsch-tschechischen Grenzgebiet in einer Art »kleinen Grenzverkehr« für Emigranten und als Kontaktpersonen für das Schmuggeln illegaler Informationen und Schriften. Das Verhältnis zur SoPaDe, der Exilleitung der SPD in Prag, verlief dabei nicht immer konfliktfrei, denn die alten programmatischen und taktischen Differenzen wirkten auch nach 1933 fort, ebenso die persönlichen Netzwerke. Aber durch die Tätigkeit insbesondere von Osterroth und Keller in Kooperation mit SAP- bzw. KPD-Vertretern gelang der Aufbau eines mitteldeutschen Netzwerks. Es entstand ab 1935 der »Neue Rote Stoßtrupp«. In Berlin lassen sich Aktivitäten sogar bis 1944/45 nachweisen, so dass die Gestapo nie die vollständige Zerschlagung der Gruppe bewirkte. Dennoch bilanziert der Autor am Ende folgende Fakten der Verfolgung: Von 133 ausgewerteten Mitgliedern kamen 84 (63%) in Untersuchungshaft und 74 (55%) vor Gericht. Freiheitsstrafen wurden 60 ausgesprochen (45%), zu »Schutzhaft«/KZ wurden 25 Mitglieder (19%) verurteilt (S. 355).

Diese und andere Fakten und Stränge arbeitet Dennis Egginger-Gonzalez akribisch heraus und stellt sie der Leserschaft in einer angemessenen Diktion vor. Ihm geht es auch darum, den »Roten Stoßtrupp« aus seiner traditionellen Katzentischrolle als Organisation der »Jungen Rechten« in- und außerhalb der SPD zu lösen. Mit Blick auf die Kurzbiografien als Ergänzungen zur Widerstandstätigkeit scheint sein Fazit plausibel, dass es sich um eine vorwiegend aus dem gemäßigten sozialdemokratischen Milieu stammende, linksozialdemokratisch bzw. linksozialistisch agierende Sammlungsbewegung

handelte, die zählebig ihren Widerstand gegen das NS-Regime verteidigte und allen Rückschlägen zum Trotz durchhielt. Dem Buch ist – nicht zuletzt dank der Förderung durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien – eine große Leserschaft zu wünschen. In einer Bibliothek mit Literatur zum Widerstand gegen Hitler darf es auf keinen Fall fehlen.

Holger Czitrich-Stahl (Glienicke/Nordbahn)

Zitierempfehlung:

Holger Czitrich-Stahl: Rezension von: Dennis Egginger-Gonzalez: Der Rote Stoßtrupp. Eine frühe linkssozialistische Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus. (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Reihe A: Analysen und Darstellungen, Bd. 11), Lukas-Verlag, Berlin 2018, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs?id=81859> [23.4.2018].

Martin Sabrow, Erich Honecker. Das Leben davor. 1912–1945, Verlag C.H. Beck, München 2016, 622 + XXXII S., geb., 27,95€, auch als E-Book erhältlich.

Die Sensationspresse war begeistert. »Gefälschter Lebenslauf: Historiker enthüllt pikante Details aus Honeckers Jugend«, titelte der »Focus« kurz nach Erscheinen von Martin Sabrows Buch über den ehemaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden. Doch dem Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam lag nichts ferner als Sensation und Enthüllung. Vielmehr hat Sabrow eine auf umfangreichen Archivrecherchen basierende, abwägend argumentierende Darstellung der ersten 33 Lebensjahre Erich Honeckers vorgelegt. Seine über 600 Seiten lange Untersuchung umfasst die Zeit von der Geburt im Jahr 1912 bis zum Kriegsende 1945.

»Das Leben davor« erzählt also von dem wenig bekannten Erich Honecker, von einem jungen Mann aus dem Saarland, der sich – aus einem politischen Elternhaus kommend – schon früh der kommunistischen Bewegung anschloss, der nach der Wiedereingliederung seiner Heimat in das Deutsche Reich im antifaschistischen Widerstand tätig war und der schließlich verhaftet und zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Detailliert zeichnet Sabrow diesen Werdegang nach: Er beschreibt, wie Honecker im Dezember 1928 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) beitrug und schon 1929 Bezirksleiter des KJVD-Saar wurde. Auch weist er darauf hin, dass der junge Mann seine Dachdeckerlehre nach zwei Jahren abbrach, weil er im Sommer 1930 zum einjährigen Studium an die Internationale Lenin-Schule in Moskau delegiert wurde. Den Schwerpunkt von Sabrows Darstellung machen jedoch die Jahre nach 1933 aus. Es ist die Zeit, in der Honecker fast drei Jahre lang im kommunistischen Widerstand tätig war – »viel länger als zahllose andere Parteifunktionäre« (S. 84). Er agierte im Ruhrgebiet, um dann in das noch unter Völkerbundsmandat stehende Saarland zurückzukehren. In der Kampagne gegen dessen Wiederangliederung arbeitete er zeitweilig eng mit dem Parteifunktionär Herbert Wehner zusammen. Nach der verlorenen Abstimmung reiste Honecker im August 1935 zunächst nach Frankreich, bevor er erneut in den Widerstand ging, aufflog und im Dezember 1935 verhaftet wurde. Es folgte eine Dekade in verschiedenen Gefängnissen in Berlin und Brandenburg. Sie endete mit einer spektakulären Flucht Honeckers und eines Mitgefangenen im März 1945 – und mit Honeckers freiwilliger Rückkehr in die Haft, aus der er dann wenige Monate später dank des Kriegsendes endgültig freikommen sollte.

Sabrow schreibt mit seiner Teilbiografie gegen die hagiografischen Darstellungen aus der DDR an. Dabei betont er, dass die Widerstandserfahrung kommunistischer Veteranen dort bewusst überhöht worden seien. Diese »Musterlebensläufe« seien von einer »ermüdende[n] Gleichförmigkeit« geprägt, was auch für die Vita des Saarländers gelte. Dementsprechend sei »das in das kulturelle Gedächtnis eingebrannte Bild Erich Honeckers« also »nicht so sehr ein Produkt persönlicher Prägung als vielmehr politischer Inszenierung« (S. 7f.). Die so entwickelte kommunistische Vita von »modellhafte[r] Makellosigkeit« habe dennoch politische Bedeutsamkeit erlangt, weil Honecker aus ihr »einen wesentlichen Teil der persönlichen Legitimation« geschöpft habe, »die ihm den Weg an die Spitze des ostdeutschen Staats zu ebnen half« (S. 9). Diese Inszenierung, die besonders deutlich in Honeckers – selbstverständlich nicht selbstverfassten – Memoiren aus dem Jahr 1980 zum Ausdruck kommt, überprüft Sabrow anhand zahlreicher Gegenquellen. So hat er für seine Teilbiografie NS-Akten ebenso ausgewertet wie Unterlagen der Staatssicherheit, SED-Kaderakten und unveröffentlichte Berichte von Zeitgenossen Honeckers. Dabei kommt Sabrow zu dem Ergebnis, Honecker habe seinen Lebenslauf nicht unbedingt gefälscht, sondern vielmehr mit der Methode der »Dekontextualisierung« gearbeitet. Deutlich werde dies beispielsweise am späteren Umgang mit der Justizwachmeisterin Charlotte Schanuel. Honecker erwähnte sie in seinen Erinnerungen durchaus, nur verschwieg er das »pikante Detail«, dass sie eben nicht nur seine Gefängnisaufseherin war, sondern bis zu ihrem frühen Tod 1947 seine Frau werden sollte.

Insgesamt liefert Sabrow ein sehr differenziertes Honecker-Bild. Er beschreibt den Saarländer als »uneigennützig[e] Kamerad« (S. 316), dessen Aktivitäten aus einer »Mischung aus Tatkraft und Unbekümmertheit« (S. 112) geprägt gewesen seien. Honeckers Lebensentwurf sei »einer Menschheitsidee verpflichtet [gewesen], der er bis zum Schluss die Treue hielt« (S. 453). Sabrow begegnet dem jungen Kommunisten stets mit der notwendigen Distanz, ohne jedoch mit jenen Teilen der Forschung mitzugehen, die das Engagement von Akteuren der kommunistischen Bewegung als irrationale Haltung und selbstverschuldete Verblendung werten. Stattdessen nimmt er Honeckers politische Ansichten ernst und versucht, sie lebensgeschichtlich und in gesellschaftliche Entwicklungen eingebettet zu erklären. Zugleich zeigt er Brüche und Ereignisse auf, die nicht in die kommunistische Musterbiografie passen, beispielweise besagte Ehe mit Charlotte Schanuel oder auch die Tatsache, dass Honeckers saarländischer Genosse und »einstiger Schwager in spe« (S. 345) Ernst Stölzer während der stalinschen Säuberungen der späten 1930er-Jahre in der Sowjetunion ermordet wurde.

Plausibel erscheint auch Sabrows Hinweis, dass Honeckers politischer Starrsinn in der Endphase der DDR lebensgeschichtlich bedingt sei. So sei die »anachronistische Verfassung seines politischen Denkens auch dem Umstand geschuldet, dass Honecker die zehn wichtigen Jahre zwischen dem 24. und dem 33. Lebensjahr, in denen andere Altersgenossen politisch reifen konnten, von allen äußeren Einflüssen abgeschottet im Gefängnis verbrachte« (S. 502). Ergänzend sei noch auf einen weiteren Faktor hingewiesen, der auch eine Rolle gespielt haben dürfte: Honeckers politische Sozialisation, seine ersten Jahre in der kommunistischen Bewegung, fiel genau in jene Zeit, als deren Stalinisierung soeben abgeschlossen war. Die KPD war dogmatisch erstarrt, zahlreiche originelle marxistische Denkerinnen und Denker wie Karl Korsch, Arthur Rosenberg oder August Thalheimer hatten die Partei verlassen müssen. In diesem Klima wurde kritisches Denken nicht gerade gefördert.

Alles zusammengenommen ist Martin Sabrow mit »Das Leben davor« ein originelles Buch geglückt, das an vielen Stellen ein neues Licht auf das erste Lebensdrittel Erich Honeckers wirft. Hervorzuheben ist hier das sehr lebendig geschriebene Kapitel über die Saarabstimmung. Passagenweise liest sich das Buch sogar fast wie ein Krimi, etwa wenn Sabrow Honeckers Flucht aus der Haft rekonstruiert. Doch dem stehen immer wieder längere Abschnitte gegenüber, die – so ist zu befürchten – angesichts ihrer Detailverliebtheit ein breiteres Publikum von der Lektüre abschrecken lassen. Ein interessanter fun fact ist etwa, dass im Jahr 1982 mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker und dem Schweizer Bundespräsidenten Fritz Honegger zwei europäische Staatsoberhäupter von derselben Person abstammten: dem Schweizer Hans Honegger – der eine in zehnter, der andere in elfter Generation. Doch stellt sich die Frage, ob es wirklich notwendig war, Honeckers Herkunft so detailliert bis ins 15. Jahrhundert zurück zu rekonstruieren, wie Sabrow es getan hat. Es ist nicht die einzige Stelle im Buch, an der der »rote Faden« zeitweise nicht mehr zu erkennen ist.

Bei aller Detailliertheit haben sich leider auch ein paar kleine Fehler in das Buch eingeschlichen. Sie betreffen vor allem die kommunistische Bewegung der Weimarer Zeit, wie zwei Beispiele zeigen: Zum einen schloss sich im Dezember 1920 keineswegs die gesamte USPD der kommunistischen Bewegung an, wie Sabrow es formuliert (S. 51f.), sondern lediglich der linke Flügel der Partei. Zum anderen fiel die Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition (KPO) um Heinrich Brandler und August Thalheimer nicht »1930 im Protest gegen den ultralinken Kurs der KPD-Führung von der Mutterpartei« ab (S. 127), sondern bereits Ende des Jahres 1928.

Doch diese Kritikpunkte sollen nicht schmälern, dass »Das Leben davor« nun als umfangreich aufgearbeitet betrachtet werden kann. Man darf gespannt sein auf den zweiten Teil.

Marcel Bois, Hamburg

Zitierempfehlung:

Marcel Bois: Rezension von: Martin Sabrow, Erich Honecker. Das Leben davor. 1912–1945, Verlag C.H. Beck, München 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs?id=81860>> [23.4.2018].

Karl Christian Führer, Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen. Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964–1982 (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 188), Transcript Verlag, Bielefeld 2017, 649 S., kart., 49,99 €, auch als E-Book erhältlich (Open Access).

Manche Titel versprechen mehr als das zugehörige Buch hält. Karl Christian Führers Studie ist ein erfreuliches Gegenbeispiel. Akribisch spürt der Autor auf dem Feld der Tarifpolitik den Einflussgrenzen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) nach und lotet den internen und externen Handlungsspielraum ihres langjährigen Vorsitzenden Heinz Kluncker (1925–2005) aus. Zusätzlich bietet Führer einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des Öffentlichen Dienstes (ÖD), nicht zuletzt, weil er immer wieder ausführlich die Arbeitgeberseite berücksichtigt. Eindrucksvoll führt er vor, wie sehr sich gerade der ÖD als Sonde für gesellschaftspolitische Entwicklungen eignet. Denn bis in die 1970er-Jahre hinein erfüllte dieser eine politisch erwünschte Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft. So wurden auf Initiative der ÖTV schon in den 1960er-Jahren arbeitsrechtliche Diskriminierungen abgebaut. Arbeiter erhielten fortan einen Monats- anstelle des Wochenlohn, Angestellte die Möglichkeit zum »Bewährungsaufstieg«. Auch bei der Gleichberechtigung von Frauen war der ÖD Vorreiter. Marginal blieb hier jedoch der Beitrag der ÖTV, zumal sie ihre organisationsinterne Frauenförderung ab 1968 massiv einschränkte. Zugute kam den vielen niedrig entlohnenden Frauen im ÖD jedoch die sozial ausgerichtete Tarifpolitik der ÖTV. Welche Rolle migrantische Arbeitnehmer bei alledem spielten, bleibt leider ungeklärt. Dabei dürfte dieser Aspekt gerade für die von Führer ansonsten differenziert diskutierte Frage relevant sein, warum die sozialen Komponenten der Tarifpolitik auch in der ÖTV bis zuletzt umstritten waren. Unberechtigt war Kritik daran wiederum nicht. Denn dass ab 1975 die Privatwirtschaft zum Vorbild für den ÖD wurde, lag dem Autor zufolge auch an den zu sozialen Tarifabschlüssen. Aufgrund steigender Staatsschulden wurden Büroarbeiten rationalisiert, Reinigungsarbeiten privatisiert. Führer nutzt diese Beispiele für ein auch von Philipp Ther vorgebrachtes methodologisches Argument: Anstelle einer rein ideengeschichtlichen Erforschung des Neoliberalismus verspreche eine praxeologische Rekonstruktion spezifischer Kontexte neoliberaler Transformationen neue Erkenntnisse. So zeige sich, dass neoliberale Argumente in der Bundesrepublik schon ab 1975, und damit früher als in Großbritannien, Raum griffen. Nebenbei gelingt so eine praktische Kritik des Neoliberalismus, dessen abstrakte Modellannahmen völlig an den konkreten Problemen vorbeigingen. Die Kritik hätte noch grundsätzlicher ausfallen können, wenn Führer die von ihm nur kurz erwähnte These Wolfgang Streecks, wonach der Staat nicht unter zu hohen Schulden, sondern zu geringen Einnahmen litt, zum Ausgangspunkt einer Gegenerzählung genommen hätte.

Um seine beiden Kernfragen nach der Macht der ÖTV und ihres Vorsitzenden zu beantworten, wählt Führer einen quellennahen, eher induktiv-explorativen als theoriegeleiteten Zugriff. Die vier Hauptkapitel folgen einer chronologischen Ordnung, wobei er die 1970er-Jahre mit Verweis auf Bernd Faulenbachs Konzept des »sozialdemokratischen Jahrzehnts« en bloc behandelt. Dagegen bringt der Autor selbst viele Belege bei, die das Jahr 1975 als Bruch markieren. Die zeitgeschichtliche Diskussion um die Periode »Nach dem Boom« hätte hier gewinnbringend aufgegriffen werden können. Möglicherweise wäre auch ein systematischer Aufbau geeigneter gewesen, die ungeheure Materialfülle prägnanter zu fassen. Führer beherrscht die Empirie souverän bis ins Detail, allerdings geraten seine Hauptfragen hin und wieder aus den Augen, zumal er auf Schlussfolgerungen am Ende der doch sehr langen Kapitel verzichtet.

Wie ist es nun um die politische Biografie Heinz Klunckers bestellt? Führer erblickt in ihm einen »Sonderfall« (S. 83) unter den Gewerkschaftsvorsitzenden. Anders als sein Vorgänger Adolph Kummernuss war er kein Arbeiter mehr, aber auch kein Akademiker wie seine Nachfolgerin Monika Wulf-Mathies. Prägend für Kluncker war die Erfahrung der eigenen jugendlichen Verführbarkeit im Nationalsozialismus. Wie viele Gewerkschaftsfunktionäre war auch Kluncker SPD-Mitglied, dort aber

nicht aktiv. Als Gewerkschaftsführer hegte er gleichwohl gesellschaftspolitische Ambitionen. Kaum im Amt, positionierte er die ÖTV im Lager der Entspannungspolitiker und der Befürworter der Notstandsgesetze, wobei er anderslautende gewerkschaftliche Beschlüsse flexibel handhabte. Auf Konfrontation mit der SPD ging Kluncker anlässlich des Radikalenerlasses und immer wieder auch in den Tarifrunden. Dabei pflegte er mit den Arbeitgebern eigentlich ein partnerschaftliches Verhältnis. Intern war seine Handlungsfähigkeit gerade in der Tarifpolitik eingeschränkt, zumal seit 1972 die ÖTV-Basis bei deren Formulierung mitbestimmen durfte. Daher erscheint es etwas überzogen, Kluncker bei Tarifverhandlungen als »ein[en] Autokrat[en], der sich schon im eigenen Interesse selbst streng zu kontrollieren hatte« (S. 256), zu bezeichnen. Erhebliche Einflussmöglichkeiten lagen für Kluncker dagegen bis zuletzt im personalpolitischen Bereich, wie die von ihm erwünschte Wahl Wulf-Mathies' zu seiner Nachfolgerin zeigt.

Die tarifpolitische Macht der ÖTV beurteilt Führer eher skeptisch; eine Einschätzung, die teilweise seiner Herangehensweise geschuldet ist. So schreibt er zum einen gegen das unhaltbare zeitgenössische Vorurteil einer »gewerkschaftlichen Übermacht« an. Zum andern legt sein Blick auf die beträchtliche Diversität der ÖTV, ihre Verortung in einem Feld aus Arbeitgebern, einer überwiegend ÖTV-feindlichen Presse sowie gewerkschaftlichen Konkurrenten (auch im DGB) zwangsläufig keinen monolithischen Machtblock, sondern ein relationales Machtgefüge frei. Empirisch ist Führers Skepsis freilich angebracht, da die originären Machtmittel der ÖTV in der Tat sehr begrenzt waren. Letztlich konnte sie nur die Kommunen effektiv bestreiken, nicht aber Bund und Länder. Und selbst erfolgreiche Streiks taugen nicht als Machtbeweis, wie Führer am Beispiel des berühmten Arbeitskamps von 1974 zeigt. Ursächlich für den Streik war eine jahrzehntealte Konfliktlinie: Immer wieder hatten Regierungspolitiker versucht, die Gewerkschaft auf eine haushaltsverträgliche Obergrenze für Entgelterhöhungen zu verpflichten. Für die ÖTV stellte dies einen Angriff auf die Tarifautonomie dar, wogegen sie sich stets mit allen Mitteln wehrte. Trotz des Erfolgs von 1974 sah sich der Vorstand massiv geschwächt: Die Mitglieder waren vom Ergebnis enttäuscht und in der Folge nicht mehr streikbereit, die Politiker hingegen konnten, auch wegen des negativen Presseechos, erst einmal keine Zugeständnisse mehr machen. Es folgte eine Phase gemäßigter Tarifabschlüsse, bis die ÖTV zu Beginn der 1980er-Jahre sogar Reallohninbußen akzeptieren musste. Überzeugend arbeitet Führer heraus, dass der Erfolg der ÖTV stark vom Willen der Arbeitgeber abhing, ungeachtet der Interessenunterschiede zwischen Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam zu verhandeln. Trotz ihrer potenziellen Fragilität erwies sich diese Machtkonstellation als erstaunlich stabil. Paradoxerweise kam der ÖTV auch ein mediales Zerrbild zugute: Heinz Kluncker als personifizierte Gewerkschaftsmacht überblendete die internen Schwächen der ÖTV und ließ sie stärker erscheinen, als sie war. Eine systematische Analyse der gewerkschaftlichen Pressearbeit hätte diesen Sachverhalt weiter erhellen können, bleibt aber ein Desiderat.

Karl Christian Führers Studie ist uneingeschränkt zu empfehlen. Sie unterstreicht eindrücklich, wie verdienstvoll und notwendig eine innovative Zeitgeschichte der Gewerkschaften ist.

Stefan Wannenwetsch, Tübingen

Zitierempfehlung:

Stefan Wannenwetsch: Rezension von: Karl Christian Führer, Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen. Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964–1982 (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 188), Transcript Verlag, Bielefeld 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81861>> [23.4.2018].